

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Pettizeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 15 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 11. April 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Zur 3. internationalen Konferenz in Wien. — Wägen die englischen Berufsgenossen internationale Solidarität? — Sabotage! — Streiks und Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Entsendungen der Verwaltungsstellen. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 13. bis 19. April ist
der 16. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind wir nicht
in der Lage, alle zurzeit beim Zentralvorstand
gemeldeten Lohnbewegungen an dieser Stelle
anzugeben bzw. vor Zugang zu warnen. Des-
halb werden die Kollegen in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in an-
deren Städten sich zuvor bei der dortigen Orts-
verwaltung zu erkundigen.

Apolo. Die Arbeiter der Autowerke
„Apolo“ sind ausgesperrt.

Berlin. Die Arbeiter der Dreibriemen-
branche befinden sich in 4 Betrieben im Streik.

Nürnberg. Die Portefeuillier stehen in
einer Tarifbewegung.

Offenbach a. M. Die Firma Maurer
ist für Militärsattler gesperrt.

Zur 3. internationalen Konferenz in Wien.

Nachdem der Sekretär der internationalen
Vereinigung der Sattler und verwandten Be-
rufsgenossen die Tagesordnung und die ge-
zielten Anträge zu der am 9. und 10. Mai in
Wien stattfindenden Konferenz veröffentlicht
hat, ist es wohl Pflicht der Mitglieder der an-
geschlossenen Verbände, dazu Stellung zu
nehmen, um unseren Vertretern einige Hinweise
zu geben, wie die internationale Vereinigung
auszubauen ist.

Abgesehen von den jeweiligen Entsendungen
der ausländischen Bruderorganisationen zu den
Landesverbandstagen, hier kommen allerdings
nur Deutschland, Skandinavien und Oesterreich
in Betracht, und der Unterstützungsgewährung
an reisende Verbandsmitglieder, haben wir von
dem Vorhandensein einer internationalen Ver-
einigung sehr wenig vernommen. Es sind daher
die von der deutschen Organisation gestellten
Anträge zu begrüßen, wonach das internationale
Sekretariat verpflichtet werden soll, viertel-

jährlich ein in drei Sprachen, Deutsch,
Französisch und Dänisch, gedrucktes Bulletin
herauszugeben, welches über die wichtigsten
Vorkommnisse der Landesorganisation berichtet
und die angeschlossenen Landeszentralen ver-
pflichtet werden sollen, alle Streiks und Aus-
serrungen dem internationalen Sekretär an-
zuzeigen. Die Fachorgane der Landeszentralen
dürfen nur solche ausländische Notizen ver-
öffentlichen, welche ihnen vom internationalen
Bureau übermittelt werden. Denn nur so
können wir von den Berufs- und Wirtschafts-
verhältnissen unserer Kollegen im Auslande
unterrichtet werden. An den finanziellen Ver-
hältnissen dürfen diese Fragen nicht scheitern,
da der internationale Sekretär sowieso nicht
weiß, wie er die Einnahmen aus den Pflicht-
beiträgen nutzbringend anwenden soll. Ihn
schließlich nur zum internationalen Kassen-
wart zu bestellen, kann nicht in der Absicht der
beteiligten Organisationen liegen. Ebenso-
wenig liegt es in ihrem Interesse, dem Antrage
Skandinaviens stattzugeben, welcher nicht mehr
und nicht weniger verlangt: „Wenn von einem
Verbande mehr als ein Viertel der Mitglieder
im Streik stehen oder ausgesperrt sind, so haben
die Mitglieder der übrigen angeschlossenen Ver-
bände pro Woche 25 Pf. Unterstützungsbeitrag
zu zahlen.“

Eine Aufrechnung möge die Haltlosigkeit
dieses Antrages beweisen. Wenn beispielsweise
ein Viertel der Mitglieder der ungarländischen
Organisation, welche zurzeit zirka 800 Mit-
glieder zählt, im Kampfe steht, so müßte
der deutsche Verband allein pro Woche 3500 Mf.
zahlen, wozu noch die Beiträge der übrigen rund
5000 Mitglieder im Betrage von 1250 Mf.
kommen, so daß der Kampf nicht nur ganz und
gar auf Kosten der Internationale geführt wird,
sondern noch ein ansehnlicher Ueberschuß ver-
bleibt, so daß man es den Ungarn nicht ver-
denken würde, zwecks Stärkung ihrer Kassen
recht lange im Kampfe zu beharren. Wehlich
liegen die Verhältnisse bei den Ledergalanterie-
arbeitern in Wien, bei den Portefeuillern in
Frankreich und, wenn nicht ganz so schroff,
auch bei den anderen angeschlossenen Landes-
organisationen, mit Ausnahme der deutschen.
Dies ist doch aber gewiß nicht der Zweck in-
ternationaler Solidaritätsübung. Wir nehmen
sicher an, daß die Skandinavier sich mit der Er-
klärung zufrieden geben, wenn Organisationen,
deren Mittel durch wirtschaftliche Kämpfe über-
mäßig in Anspruch genommen werden und
deren erfolgreicher Ausgang durch Zuwendung
von Unterstützungsgeldern ermöglicht werden
kann, nach den Kassenverhältnissen der Landes-
organisationen weitmöglichst unterstützt werden
sollen. Wir glauben, so der Sache am besten
zu dienen und mit Nachdruck darauf hinzuweisen,
daß jede Organisation bestrebt sein muß, ihre
Kämpfe nach Möglichkeit aus eigenen Mitteln
zu führen.

Zu begrüßen sind die Anträge, welche dar-
auf hinzielen, gleichlautende Bestimmungen
über Karenz, Unterstühtungsfristen, Vertrags-
befreiung usw. zu schaffen.

Welche Schwierigkeiten besonders in Eng-
land den Ausländern bei Aufnahme in die
Organisation entgegenstehen, haben wir an
anderer Stelle dieses Blattes einer Würdigung
unterzogen. Es wird eine, wohl die schwerste,
Aufgabe des künftigen Sekretärs sein, hier
Wandel zu schaffen.

Die Behandlung der Heimarbeitersfrage kann
unseres Erachtens nur akademischen Wert haben,
weil wir über die Zustände in den einzelnen
Ländern zu wenig unterrichtet sind. Unbedingt
ist dieser Materie die größte Aufmerksamkeit
zu widmen. Wenn wir uns über diesen Punkt
ausschweigen, so nur darum, weil wir un-
beeinflusst von uns neue Momente der Antrag-
steller kennen lernen möchten.

Uns interessieren aber auch noch andere
Fragen, welche die Konferenz erledigen müßte,
ohne daß sie besonders auf die Tagesordnung
gestellt werden. Bei dem Punkt Bericht-
erstattung wäre anzugehen, wie es möglich ge-
macht werden kann, auch mit den Organi-
sationen in Italien (Mailand, Rom, Ve-
ruggia), Amerika (New York, Chicago, Phila-
delphia) in engere Fühlung zu kommen. In
Mailand werden mehr als 200 Reiseartikel-
sattler beschäftigt, von Turin haben wir ge-
lesen, daß dort mehr als 6000 Automobilarbeiter
sich im Streik befinden, also auch eine große An-
zahl unserer Berufscollegen daran beteiligt sind.
Die Zahl der Sattler und Portefeuillier in
Amerika zählt nach vielen Tausenden. In
Warschau und Petersburg ist die Industrie nicht
zu unterschätzen. In Madrid blüht die Industrie
feiner Lederwaren. Wir sehen daraus, wie sehr
das Ausland sich von den deutschen Produkten
unabhängig machen will und mit Vorliebe
deutsche und österreichische Arbeiter zur Heran-
bildung neuer Arbeitskräfte ins Ausland zieht.
Auch die Handelsbeziehungen der Länder unter-
einander sind von nicht zu unterschätzender Be-
deutung. Doch trotz der Gutenbergkunst wissen
wir sehr wenig davon, es fehlt die Betätigung
des Bindegliedes. Wenn die Wiener Konferenz
Mittel und Wege findet, dieses Brachfeld frucht-
bringend zu bearbeiten, dann wird sie sich einen
unvergesslichen Namen in der Geschichte unserer
internationalen Vereinigung machen. Aller-
dings wird es auch nötig sein, die ganze Organi-
sation auf eine andere Grundlage zu stellen.
Um niemanden im Unklaren zu lassen, sprechen
wir es frei heraus, die hier angeordneten Fragen
lassen sich nicht so nebenher erledigen. Sie er-
fordern Arbeit, Zeit und Geduld. Ist die Kon-
ferenz mit uns gleicher Meinung, so wird sie
den internationalen Sekretär auch entschädigen
müssen.

Wenn zu vorstehenden Anregungen, nur
als solche bitten wir sie auch anzusehen, die Mit-

aliieder der angeschlossenen Verbände Stellung nehmen und wenn die Wiener Konferenz diesbezügliche Beschlüsse zeitigt, dann wird die Interesslosigkeit für die internationale Vereinigung sich beheben lassen, und sie wird ein wichtiges Instrument im wirtschaftlichen Kampfe der Sattler und Portefeuilier aller Kulturstaaten.

Pflegen die englischen Berufsgenossen internationale Solidarität?

Die bevorstehende internationale Konferenz der Sattler und verwandten Berufsgruppen während der Pfingstwoche in Wien und ein Inserat in einer Effenbacher Zeitung, durch welches 20 bis 30 tüchtige Portefeuilier nach London gesucht wurden, gab uns Veranlassung, Betrachtungen über die von unseren englischen Berufsgruppen geübte, besser gesagt nichtgeübte, internationale Gegebenheit aufzustellen. Trotzdem zurzeit kein Mangel an arbeitslosen Portefeuilieren in London zu verzeichnen ist, trachten die dortigen Unternehmer, meistens deutscher oder russisch-polnischer Abstammung, danach, deutsche Portefeuilier nach dort zu locken. Erstens leisten sie qualifiziertere Arbeit, zweitens stellen sie sich viel billiger wie die englischen Berufsgruppen. Bedauerlich dabei ist, daß die englische Organisation sich wenig oder gar nicht um diese Betriebe bekümmert und nur Portefeuilier in die Union aufnimmt, wenn sie den Nachweis liefern, wöchentlich mindestens 39 Schilling zu verdienen. In Werkstätten, in denen dieser für englische Verhältnisse durchaus nicht zu hohe Lohn erreicht wird, können nur Unionsmitglieder arbeiten. Demzufolge ist es den Deutschen, wenn sie in der Heimat noch so eifrige Verbandsmitglieder waren, unmöglich, in einen geordneten Betrieb hineinzukommen, um dort arbeiten zu können. Eine unangenehme Begleitercheinung für die eingewanderten Deutschen ist noch, daß sie von den englischen Berufsgruppen geringschätzig behandelt werden und unter dem Vorwurf, sie schafften zu billig, schwer leiden müssen. Gewiß erhalten sie nur 32 Schilling und noch weniger die Woche und müssen sich eine Behandlung vom Unternehmer gefallen lassen, gegen die sie in Deutschland, allerdings mit Erfolg, energisch Front machen würden. Daß die englischen Unternehmer ihre eigenen oder von ihren Agenten bei den Neuengagements gemachten Versprechungen nicht einhalten, sollte die Kollegen veranlassen, nicht eher nach London zu reisen, bis sie im Besitze der Weitervergütung und eines behördlich abgestempelten Arbeitsvertrages sind. Mündliche Abmachungen sind rechtsunzulässig und werden auch nicht eingehalten.

All diese Mißstände würden mit einem Schlage zu beseitigen sein, wenn die englischen Berufsgruppen das ihnen angebotene Gegenständigkeitsverhältnis mit unserem Verband auf der Grundlage des in Köln 1909 angenommenen internationalen Gegenständigkeitsverhältnisses akzeptieren würden. Aus uns nicht bekannten tatsächlichen Gründen lehnten sie den Beitritt zur Internationalen Vereinigung der Sattler und verwandten Berufsgruppen ab und werden sie auch nicht an der zu Pfingsten in Wien stattfindenden internationalen Konferenz teilnehmen. Die englischen Kollegen können anheimelnd nicht begreifen, wie sehr sie mit dieser Ablehnung sowohl ihre eigene Sache, als wie auch die der fremden Berufskollegen schädigen. Denn was sie eigentlich damit bezwecken wollen, gelingt ihnen doch nicht. Den Zugang von Ausländern können sie nicht fernhalten. Weil sie sich ihrer nicht annehmen, fördern sie die Interessen der Unternehmer und sichern die Konkurrenzfähigkeit der fremden Lederwarenhersteller, die sich nicht um die Bestimmungen der Trade Union der Fancy Leather Workers, Gainers und Maroquiniers kümmern.

Was wir hier von der Londoner Portefeuilierorganisation gesagt haben, trifft auch auf die zwei oder drei anderen für Portefeuilierarbeiten zuständigen Berufsorganisationen Englands und auch für die der Sattler zu.

Aber nicht nur die Organisationen unserer englischen Berufsgruppen allein sind es, die es

an steter Fühlungnahme mit den Deutschen fehlen lassen, die englische Landeszentrale sämtlicher Gewerkschaften hat dem internationalen Sekretär vom letzten Geschäftsjahr einen Bericht nicht eingesandt. Vom Standpunkt der internationalen Solidarität sind solche Erklärungen zu bedauern, aber ohne den Willen unserer englischen Kollegen nicht zu ändern.

Sabotage!

Das Schlagwort Sabotage haben die Scharfmacher aus dem Auslande nach Deutschland importiert. Wo irgend ein Streik beginnt, werden die kapitalistischen Agenten Ausblick nach irgendwelchen Zufälligkeiten halten und sie werden versuchen, diese mit irgendwelcher Sabotage in Verbindung zu bringen.

In einem komplizierten Betrieb treten Arbeiter in den Streik getrennt und eingearbeitete Arbeiter. Die im Betrieb verbliebenen Arbeiter — der Streikbruch charakterisiert sie schon allein genügend — nehmen die einzelnen, auch die gefährlichsten Posten ein. Sie berichten vielfach nichts von der ihnen zugewiesenen Arbeit, ebensowenig wie die Spionagearbeiten, die sich später während der Streiks zu den verbliebenen Streikbrechern gesellen. In paßieren im Betrieb irgendein Unfall, ein Defekt an der Maschine zeigt sich, den man nicht eher bemerkt hat, als bis die Maschine verregelt. Was liegt den Scharfmachern da näher, als die aus Zufälligkeiten oder aus dem Unvermögen der Streikbrecher hervorgerufene Störung als von Streifenenden begangene Sabotage in die Welt hinauszuführen. Wer denkt nicht an die Vorkommnisse anfänglich des Reichstagen- und Heizerstreiks auf der „Alton“ in Dortmund. Monatlang wurden die freien Gewerkschaften wegen der auf dem Werk vorgekommenen „Sabotage“ angegriffen; es wurde nach dem Staatsanwalt gehandelt. Als sich dann das Gericht mit der Sache beschäftigte, stellte es sich heraus, daß der Sabotagefall ein Produkt scharfmacherischer Phantasie war, eine ausgeheckte Inzucht von Venten, denen jedes Mittel recht ist, wenn sie nur die freien Gewerkschaften herabsetzen und verdächtigen können. Es ist sonderbar gekommen, daß die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands fälschlich noch öffentlich Verwahrung gegen das Treiben der besagten Unternehmerrache und der Scharfmacher einlegen mußte, weil diese sich nicht schüchtern, den Gewerkschaften vorzuwerfen, daß sie die Sabotage propagieren.

Der Einspruch der Generalkommission gegen diese Verleumdung hat einige bürgerliche Organe veranlaßt, sich mit der Frage der Sabotage näher zu beschäftigen. So die „Kölnische Zeitung“ vom 22. März, antwortend auf ein Vorkommnis auf der Hamburger Hochbahn, wo am Abend des ersten Streiktages auf der Strecke kurzschluß eintrat und den Verkehr lahmlegte. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt:

„Es lag menschlich nahe, zu glauben, daß ein Streikender dieses äußerst ungeeignete Mittel angewandt habe, um an der Verwaltung sein Mitleiden zu fühlen. Vor einer näheren Überlegung konnte diese Vermutung aber schwerlich standhalten, schon allein deshalb nicht, weil die Ausständigen, nachdem sie die Arbeit verlassen hatten, gar keinen Zugang mehr zu dem Bahnhöfen hatten. Gleichwohl sind einige Zeitungen schnell bei der Hand gewesen, diesen kurzschluß als Sabotage anzudeuten. Da es sich aber tatsächlich um ein solches Vergehen nicht gehandelt hat, war es recht und billig von der Verwaltung der Hochbahn, in einem Blatte beruhigend zu erklären, daß die Streikenden mit jenem kurzschluß nichts zu tun gehabt hätten. Wahrscheinlich hat es sich um kurzschluß infolge irgendeines Verfehles gehandelt, das ja bei dem nur notwendig und mit sehr eingeschränkten Kräften aufrechterhaltenen Betriebe erforderlich wäre. Diese Überlegung ist aber offenbar niemand gekommen, als der Leitung der Bahn selbst, denn sogar ein Mitglied der Bürgerchaft hat sich veranlaßt gefühlt, in öffentlicher Bürgerchaftssitzung jenen kurzschluß als ein erwiesenes Vergehen der Streikenden zu brandmarken.“

Die „Kölnische Zeitung“ zeigt dann ein weiteres Beispiel, wo streikende Hamburger Kohlenarbeiter Kabel durchschnitten haben sollen, wo sich dieser Fall aber dann soweit aufgeklärt hat, daß er mit einer Sabotage der Streikenden gar nicht in Verbindung gebracht werden konnte. Beide Fälle sind weidlich gegen die freien Gewerkschaften ausgeschlachtet worden, was das Kölner Organ zugeben muß. Wenn nach ihr die Arbeiter auch manchen ungerathen Streik führen, so meint es doch, daß man den deutschen Arbeiter mit dem Vorwurfe der Sabotage verschonen solle.

Der organisierte deutsche Arbeiter steht ja leider heute bei Gelegenheit — keineswegs überall grundsätzlich — in scharfem Gegensatz zum Unternehmertum; er hat aber doch für den Betrieb als solchen

ein weitgehendes Verständnis, eine unentzerrbar hohe Achtung vor den seinen Händen anvertrauten technischen Einrichtungen, und er hat das damit zusammenhängende Ehrgefühl, dem finanziellen Werte, mit dem er arbeitet, und das ihm auch tatsächlich viele Arbeit abnimmt, nicht zu schaden. Sabotage ist so schlecht wie Diebstahl, vielleicht sogar noch verwerflicher; sie ist dumm-brutale Gewalttat, das verblödete Eingeständnis des Unrechts im Streik. Wir glauben nicht, daß in der ganzen Artung der deutschen Arbeiter, die doch auch größtenteils durch die Schule des Militarismus gegangen sind, auch nur zu einem bemerkenswerten Bruchteile die Elemente ruhen, die nötig sind, um sich mit Sabotage zu beschäftigen und damit ihren sozialen Kämpfen das Brandmal moral- und zuchtloser Verächtlichkeit aufzubringen. Man sollte deshalb, schon um des deutschen Namens willen, bis zum äußersten mit dem Vorwurfe der Sabotage zurückhalten, wenn er nicht unwiderleglich bewiesen werden kann.“

Ohne uns auf die hier im einzelnen vorgeführten Gedanken einzulassen, müssen wir doch anerkennen, daß die „Kölnische Zeitung“ ganz gewiß da recht hat, wo sie sagt, daß die deutschen Arbeiter von Sabotage bei Streiks nichts wissen wollen. Von den mehr als 2½ Millionen organisierten Arbeitern in den freien Gewerkschaften kann das ruhig behauptet werden. Diese lehnen die Sabotage als gewerkschaftliches Manipuliertel ab. Und wo sich ein Fall ereignen sollte, der an Sabotage grenzen könnte, da werden die freien Gewerkschaften mit der Verurteilung solcher Vorkommnisse nicht zurückstehen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Lohnbewegung der Treibriemensattler. Montags, den 31. März, fand wieder eine außerordentliche Versammlung der Treibriemenbranche statt, um festzustellen, wie weit die Einführung des neuen Vertrages erfolgt ist. Durch die Aussprache ergab sich, daß in den Betrieben, für die der Vertrag anerkannt ist, die neuen Bedingungen bereits ziemlich fast vollständig eingeführt sind. Nur bei zwei Firmen liegen noch Differenzpunkte vor, die auf gegenwärtige Auslegung der Vertragsbestimmungen zurückzuführen sind.

Anderes liegen die Dinge aber bei den 4 verbleibenden Firmen. Hier ist eine Veränderung bis zur Stunde noch nicht eingetreten. Derselben Erscheinungen, die wir bisher bei jedem Lohnkampf beobachtet konnten, wiederholen sich auch hier wieder. Die Unternehmer jucken durch Anreden und Versprechungen, teilweise auch durch bedeutend erhöhte Löhne, Arbeitsmühsale zu gewinnen, während sich die streikenden Kollegen bemühen, die streikenden Arbeitskräfte aufzuklären und von der Arbeitsaufnahme zurückzuhalten. Da diese Bemühungen teilweise erfolgreich sind, rufen die bedrängten Unternehmer nach der Polizei und zwar nicht vergebens. Einzelne dieser Polizeibeamten fühlen sich verpflichtet, ganz besonders energisch gegen unsere Kollegen vorzugehen, wenn es in deren Macht wäre, zu würden die Streikposten wahrheitsfalsch bis zur Aufhebung des Streiks eingelockt werden.

Unter diesen Umständen ließ es sich leider nicht verhindern, daß ein Teil von Arbeitskräften in den Betrieben angefangen hat, um sich so als Vertreter ihrer eigenen Kollegen zu betätigen. Daß aber die Betriebe trotzdem mit den vorhandenen Arbeitskräften noch nicht ausreichend produzieren können, geht daraus hervor, daß des Abends 2 bis 3 Ueberstunden gemacht werden. Der Inhaber der Treibriemenfabrik „Alton“ hat sich sogar nicht scheut, selbst mit Hand anzulegen und den Balancier zu bedienen. Bei der gleichen Firma konnten wir auch die Beobachtung machen, daß sich ein leibhaftiger Garde-Küster in der edlen Kunst als Treibriemensattler produktiv. Diesem scheint die Sache aber doch brenzlich geworden zu sein, denn nachdem unsere Streikposten den Sachverhalt festgestellt hatten, ist er nicht mehr im Betriebe erschienen.

Eine richtige Streikbrecherherberge hat Herr Prebel eingerichtet. Als Hauseigentümer besitzt er jetzt über ein paar leihende Wohnungen, und in einer derselben wurden die „Herzhaften“ einquartiert. Wie dieses Quartier aussieht, davon kann sich nur der einen Begriff machen, der persönlich Gelegenheit hatte, Einblick zu nehmen. Gerade diese einquartierten Streikbrecher benehmen sich den Streikenden gegenüber recht provokatorisch. Es bedarf wirklich aller Zurückhaltung, um demgegenüber ruhig zu bleiben. Die Zeit wird aber kommen, wo auch diese Selbst ihre Rolle ausgespielt haben. Vorläufig eruchen wir die Kollegenschaft, noch immer jeden Zugang fernzuhalten.

Die Lohnbewegung in Kiel konnte trotz des Verhaltens des Vertreters vom Arbeitgeberverband, wenn auch nicht mit ihm, sondern mit den Mitgliedern der Innung, zu einem erfolgreichen Ende für die Kollegenschaft gebracht werden. Erreicht wurde ein dreijähriger Tarif, wonach die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Tag verfürzt worden ist. Der Lohn für eben Ausgelernte beträgt 46 Pf., welcher

sich mit dem zweiten Jahre der Berufstätigkeit auf 49 Pf. erhöht. Dieser ab 1. April 1913 geltende Mindestlohn wird am 1. April 1914 auf 50 und 1. April 1915 auf 51 Pf. erhöht. Ueberstunden bis 8 Uhr abends werden mit 25 Proz., nach dieser Zeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet. Freitag ist Lohnzahlungstag. In den Vorabenden hoher Feiertage ist um 4 Uhr Arbeitsschluss. Aus dem Vertrage entstehende Differenzen werden zwischen dem Innungs-vorstand, Stellenausschuss und einem Verbandsvertreter endgültig geregelt.

Die Lohnbewegung der Leipziger Wagen- und Karosseriefabriken der Firmen Bschau, A. Zeegers u. Sohn, Trebitz u. Drechselpfand konnte ohne Kampf durch den Abschluss eines neuen Tarifvertrages mit Erfolg beendet werden. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde für 1913 auf 53 Stunden und zwar täglich 9 Stunden und Sonntags 8 Stunden, ab 1. April 1915 52 1/2 Stunden und zwar täglich neun Stunden und Sonntags 7 1/2 Stunden, verkürzt. Ueberstunden werden mit 30 Proz., Sonntagsarbeit mit 40 Proz. und Nachtarbeit mit 50 Proz. bezahlt. Die Mindestlöhne für Sattler sind festgelegt für selbständige Wagenattler 60 Pf., 1914 61 Pf. und 1915 63 Pf., für Sattler über 20 Jahre 55 Pf., 1914 56 Pf. und 1915 58 Pf., für Sattler unter 20 Jahre 50 Pf., 1914 51 Pf. und 1915 53 Pf. Auf alle bestehenden Löhne erfolgt sofort ein Zuschlag von 3 Pf., 1914 weitere 2 Pf. und 1915 abermals 2 Pf. Als Verletzungsentschädigung wird den Sattlern monatlich 1 Mk. gewährt. Außerdem wurde bei Arbeitsvermittlung in erster Linie der am Ort befindliche Verbandsarbeitsnachweis anerkannt. Der Tarif läuft vom 1. April 1913 bis 31. März 1916.

Tariffähndigung der Portefeuller in Nürnberg. Montag den 31. März, fand im Saale des Restaurants Kaisertrone eine außerordentliche Versammlung der Portefeuller statt. In der sehr stark besuchten Versammlung referierte Kollege Wöhner über: „Die Antwort der Prinzipale auf unsere eingereichte Vorlage betreffs Verbesserung des Tarifs und unsere Stellungnahme hierzu.“ Die in den Verhandlungen erworbene gewählte Tarifkommission kam zu dem Entschluss, den Versuch zu einer Verständigung mit den Prinzipalen über Verbesserungen des bestehenden Tarifs zu machen, ohne denselben kündigen zu müssen. Es geschah dies, weil bei den letzten Tarifverhandlungen der Vertreter der Unternehmer erklärte, wegen kleiner Verbesserungen brauche der Tarif nicht geändert zu werden. Die verlangten Verbesserungen waren: Erhöhung der Mindestlöhne um 2 Mk. auf 18 bzw. 20 Mk., eine Lohnzulage von 2 Pf. am 1. Juli 1913, desgleichen am 1. Januar 1914 und 1. Januar 1915 für alle Zeithilfsarbeiter; Zuschläge für die Ueberstunden der Affordarbeiterinnen von 8 Pf.; für Sonntagsarbeit von 10 Pf. pro Stunde; Bezahlung der gesetzlichen Feiertage für die Zeithilfsarbeiter; Urlaub bei dreijähriger Beschäftigung einen Tag, jährlich jeigehend um einen Tag bis zu sechs Tagen; Einführung einer allgemeinen 14tägigen Kündigungsfrist, sowie eine reaktionelle Kündigung, indem überall, wo von Arbeitern die Rede ist, auch „Arbeiterinnen“ stehen muß. Eine Reihe kleinerer Wünsche war nicht aufgeführt, da wir annahmen, es komme zu einer Aussprache, wobei auch diese Wünsche hätten vorgebracht werden können. Diese Forderungen wurden am 17. März überreicht. Darauf erhielten wir von den Fabrikanten am 25. März ein Schreiben, in welchem auf die Ungunst der Zeit verwiesen wird, jedoch wolle man den Arbeitern so gut als möglich entgegenkommen. Die Mindestlöhne sollten um 1 Mk. erhöht werden, auf 17 bzw. 19 Mk.; die Prozente für Affordarbeiterinnen wurden zugegeben; die Löhne sollten einer wohlwollenden Prüfung unterzogen werden und in jenen Betrieben, wo bereits die 14tägige Kündigungsfrist besteht, sollte sie tariflich festgelegt werden. Die übrigen Wünsche wurden unter Hinweis auf den Verbandsrat abgelehnt. Und dies alles sollte nur Gültigkeit haben, wenn wir bereit wären, den Tarif auf 5 Jahre abzuschieben. Davon kann bei diesen geringfügigen Zugeständnissen natürlich keine Rede sein.

In der eingehenden und reichen Diskussion wurde von allen Rednern betont, daß man sich mit diesen geringen Zugeständnissen nicht zufrieden geben kann. Der Tarif müsse geändert werden und bei den folgenden Verhandlungen versucht werden, auch für die alten Arbeiter (Arbeitszeitverkürzung, Urlaub usw.) etwas herauszubekommen. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß nahezu alle Kollegen und Kolleginnen dieser Meinung sind. Die Kündigung des Tarifs wird mit allen gegen eine Stimme bei fünf Stimmenthaltenen beschlossen.

Mit einem Appell des Kollegen Wöhner und des Vorsitzenden Kollegen Neubauer, die Reihen zu schließen, auch den letzten Kollegen und die letzte Kollegin bis zum Ablauf des Tarifs für den Verband zu gewinnen, wurde die Versammlung geschlossen.

Korrespondenzen.

Hannover. (E. 1. 4.) In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung (Mann? S. N.) sprach unser Gauleiter Kollege Busch-Leipzig über das Thema: „Der Stand unserer Lohnbewegung in der Wagen- und Meißerartefelbranche.“ Redner ging von der Gründung unserer Organisation aus und bemerkte, daß man zur damaligen Zeit wohl nicht daran gedacht hat, daß der Verband eine derartige Entwicklung zeitigen würde, wie wir sie heute zu verzeichnen haben. Eine Bewegung ist dank der guten gewerkschaftlichen Organisation der Kollegen und durch Vermittlung der Organisationsvertreter mit Erfolg für die Kollegen beendet, und zwar bei der Wagenbaufirma Israel. Es erfolgt ab 1. März d. J. auf die bestehenden Löhne ein Zuschlag von 1,50 Mk. pro Woche für drei Kollegen, für einen Kollegen 1 Mk. und einen Kollegen 50 Pf. Ab 1. März 1914 erhöhen sich sämtliche Löhne um 1 Mk. und 1. März 1915 um 50 Pf. pro Woche. In der Meißerartefelbranche ist bei der Firma Grebe ein ein Tarifvertrag eingereicht worden. Die Firma hat in einem Schreiben erklärt, daß sie mit Vertretern der Organisation respektive mit der hiesigen Ortsverwaltung sich nicht in Verhandlungen einläßt, sondern nur mit dem Arbeiterausschuss verhandeln wird. Es ist aber trotzdem Kollegen Busch gelungen, sich Eingang und Gehör bei der Firma zu verschaffen und es ist, wenn auch nicht zu Verhandlungen, so doch zu einer Aussprache gekommen, wobei die Firma das Versprechen abgegeben hat, daß sie innerhalb einer Woche die Angelegenheit mit dem Arbeiterausschuss regeln bzw. über den Tarifvertrag verhandeln wird. Wir gestatten uns hier die Bemerkung, daß angesichts der ungeheuren Vertenerung des gesamten Lebensunterhalts die Firma Grebe nicht wohl soviel soziales Empfinden und Einsicht haben wird, daß sie den berechtigten Wünschen ihrer Arbeitererschaft entgegenkommen zeigt und die Angelegenheit in betriebsdienlichem Sinne für beide Teile regelt. Die Versammlung beschloß noch ein weiterer Punkt. Es lag ein Antrag des Vorstandes vor: „Aufhebung der Brancheneinteilung am Orte.“ Der Vorsitzende begründete den Antrag. Die Form der örtlichen Brancheneinteilung, daß die einzelnen Branchenarbeiter sich und Stimme in der Ortsverwaltung haben, daß sie selbständig Funktionen ausüben, z. B. Lohnbewegungen einleiten usw., hat ganz unhaltbare Zustände herbeigeführt. Auch hat sich gezeigt, daß wirklich geeignete Kollegen sich von diesem Kosten nach Möglichkeit drücken. Durch das eigenmächtige Handeln einzelner Branchenleiter ist ein Wirrwarr geschaffen, was der Organisation nur zum Schaden gereicht und wurde im Interesse der Organisation und der Verwaltungsstelle Hannover der Antrag gestellt. Die Brancheneinteilung in ihrer heutigen Form hat auch mehr örtliche Verwaltungskosten verursacht, so daß, wie Kollege Treich ausführte, für das erste Vierteljahr ein erheblicher Zuschlag zu denselben aus der Kassa notwendig ist. Dazu ist dieselbe doch nicht da. Als erster Diskussionsredner beämpfte Kollege Wille den Antrag und wünscht, daß alle vier Wochen Branchenversammlungen und nur alle Vierteljahr eine allgemeine Mitgliederversammlung stattfinden soll. Diese Ansicht wurde von seinem Redner geteilt, jedoch war die Mehrzahl der Redner für Beibehaltung der Brancheneinteilung. Es könnte eventuell eine andere Form gewählt werden, da hier die Verhältnisse doch anders liegen wie in Berlin oder anderen größeren Städten. Der anwesende Gauleiter Kollege Busch empfiehlt, die Brancheneinteilung beizubehalten, jedoch in anderer Form. Man soll Branchenversammlungen nur nach Bedarf einberufen. Die Brancheneinteilung hat hauptsächlich den Zweck, um engere Fühlung mit den bestehenden Genertarifkommissionen zu erhalten. Der Antrag des Vorstandes wurde mit 26 gegen 14 Stimmen abgelehnt, eine ganze Anzahl Kollegen enthielt sich der Abstimmung. Der Vorstand soll nach wie vor in der allgemeinen Mitgliederversammlung gewählt werden. Die nächste Mitgliederversammlung wird sich mit dieser Angelegenheit nochmals beschäftigen. Es wäre zu begrüßen, wenn andere Verwaltungsstellen sich ebenfalls dazu äußern würden, wie und in welcher Form sie die Brancheneinteilung geschaffen haben und was für Erfahrungen sie damit gemacht haben. — Bei Arbeitsangeboten nach Hannover werden die Kollegen ersucht, sich zuvor bei der hiesigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Hamburg-Altona. (E. 1. 4.) In der Mitgliederversammlung am 20. März 1913 im Gewerkschaftshaus berichtete Kollege Renold über eine Treibriemerversammlung. Die Frage betreffs Zerschlagung der Hilfsarbeiter wurde zu unserer Zufriedenheit erledigt. Nachhören ist Sattlerarbeit, und ist für diese Arbeit auch Sattlerlohn zu zahlen, und ist für diese Arbeit auch eine Tarifkommission gewählt. — In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der Wagenattler wurde eine Lohnbewegung beschlossen, da in den hiesigen Wagenfabriken noch sehr unzureichende Lohn- und Arbeits-

bedingungen bestehen. — In der nach diesem Bericht folgenden Diskussion wurden die Zustände in der Wagenfabrik von Levy scharf kritisiert. — Der Bericht über die angenommene Statistik wurde ohne Diskussion erledigt, ebenfalls der Bericht vom Gewerkschaftsstatistik, welcher sich fast ausschließlich mit der „Vollstufzorge“ beschäftigte. — Die Kofferfabrik von S. Koh, Grimm 3, besonders die Erfahrungen der letzten Zeit, haben wieder Veranlassung zu einer Kritik. Die Willkür des Fabrikanten und des Vorgesetzten machen ein gedeihliches Zusammenarbeiten unmöglich. Darauf ist auch der häufige Wechsel der Kollegen in diesem Betrieb zurückzuführen. Deshalb waren wir alle Koffermacher, nach Hamburg und Altona zu kommen.

Berlin. Die Versammlung der Meißerartefelbranche am 2. April in Graumanns Hofstätten erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Der Vorsitzende begründete einen Antrag der Branchenleitung, wonach verjüngte für Werkstatthalter die Versammlungen um 6 Uhr und die besonderen Gewerkschaftsversammlungen um 9 Uhr abends beginnen sollen. Dadurch wird sowohl den an der Peripherie wohnenden Arbeitern ein Doppelweg erspart und die heimarbeitenden Portefeuller können ihre besonderen Branchenangelegenheiten in weitgehenderer Nähe besprechen. Nach eingehender Diskussion fand dieser Antrag gegen wenige Stimmen Annahme. Wir wünschen, daß dieser Versuch durch rege Beteiligung den Erwartungen entspricht. — Eine angeregte Debatte rief die Anfrage hervor, ob den Kollegen etwas davon bekannt sei, daß von den Unternehmern jetzt in die Jugendabteilung Kontraktlich verboten wurde. Einzelne Redner schilderten Vorkommnisse, aus denen allerdings hervorgeht, als handele es sich um ein planmäßiges Vorgehen der Fabrikanten. Die Kollegen wurden ersucht, ihr Augenmerk unserer Jugendabteilung zu schenken und durch Werbung neuer Mitglieder die dunklen Unternehmerpläne zu durchkreuzen. Zum Ausdruck wurde auch gebracht, die Kollegen mögen die Verträge so behandeln, wie sie ihre eigenen Söhne behandeln wissen wollen. Unter „Verschiedenes“ wurde zur Sprache gebracht, daß Fabrikanten beschuldigen, die Produktionskosten herabzubringen, indem sie von einigen Arbeitern einen Teil der Artikel herstellen lassen, andere Arbeiter sie fertigen lassen. Die Kollegen wurden gewarnt, solche Arbeit anzunehmen. Bei dieser Debatte wurden auch die Zustände in einigen Lederwarenbetrieben einer Kritik unterzogen, insbesondere soll mehr Wert auf das Mitbestimmungsrecht bei Lohnfestsetzungen gelegt werden.

Aus anderen Organisationen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat seiner Abrechnung vom Jahre 1912 zufolge wiederum einen beachtenswerten Fortschritt zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 515 145 auf 561 547, darunter 27 876 weibliche und 17 017 jugendliche Mitglieder. Die Situation war eine sehr erhebliche.

Zunahme		
Erwachsene männl. Mitglieder	149 425	48 506
Weibliche Mitglieder	16 424	1 813
Jugendliche Mitglieder	16 709	993

Jedes Mitglied leistete im Durchschnitt 49,01 Beiträge. Die Einnahmen betragen für Beitritts-gelder 81 339 Mk., Beiträge 17 476 024 Mk., Sonstiges 376 723 Mk., insgesamt 17 934 086 Mk. Für Unterstützungen wurden 8 391 909 Mk. verausgabt. Das Vermögen der Hauptkasse stieg auf 11 370 379 Mk. — Der allgemeine deutsche Bauarbeiterverband zählte im Jahre 1912 inklusive der 10 329 vom Stukturenverband Uebergetretenen 331 165 Mitglieder, das sind 35 477 mehr als im Jahre vorher. Das Vermögen des Verbandes beläuft sich auf 15 593 017 Mk., davon in der Hauptkasse 12 809 432 Mk.

Judas Ischariot am Niederrhein. Bekanntlich haben sowohl die der freien, als wie auch die der christlichen Textilarbeiterorganisation angehörenden Förder in Kreisfeld gemeinschaftlich den Beschluß gefaßt, aweds Durchführung ihrer Forderungen in den Streik zu treten. Die Unternehmer beantworteten dies Vorgehen durch eine Aussperrung, an der nebst den Streikenden circa 18 000 Personen beteiligt sind. Die Arbeiter ließen sich dadurch nicht einschüchtern. Da traten, wahrscheinlich unter dem Einfluß der letzten Enghilfsa und der katholischen Geistlichkeit die christlichen Führer in Aktion und schlossen gegen den Willen ihrer Verbündeten mit den Unternehmern einen Vertrag ab, der neben nur ungenügender Lohnregulierung einen für die Arbeiter ungünstigen Ablaufstermin vorsieht, wodurch ihnen in der schlechten Konjunktur die einseitigen Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden können. Auch die Mitglieder der christlichen Organisation waren mit diesem Beschluß nicht einverstanden. Doch ihr Protestieren hilft nichts. Die christlichen Strategen haben es sich zur Aufgabe gemacht, auf jeden Fall dem Unternehmertum Rechnung zu tragen und ihrem Verbot noch

den organisierten Streikbruch hinzuzufügen. Würden wir die Politik der Unbilligkeit verfolgen, so würden wir mit der Art, wie die deutschen Arbeiter über die gelbe Gewerkschaft aufgeklärt werden, zufrieden sein. Der Streikbruch im Ruhrgebiet ist eine böse Tat, die fortzulebend hohes Gebären mag. Diese Arbeiterparteien richten die christlichen Organisationen zugrunde. Zu bedauern ist nur, daß die Arbeiter unter den schrecklichen Wehen zu leiden haben.

Der Streik der Spinner und Anseher in der Baumwollspinnerei Bietigheim in Württemberg ist mit Erfolge für die Arbeiter beendet, die Sperrung ist aufgehoben.

Rundschau.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Wieder einmal herrschte mehrere Tage lang die bekannte Ruhe vor dem Sturm in den unbilligen Gassen des großen Hauses. Es wurden zunächst nach der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten nach den Escherferien kleinere Angelegenheiten in Angriff genommen. Die Beratungen begannen mit einem fortschrittlichen Antrag, der den Fideikommissen zu Leibe gehen will. Der Antrag wurde übrigens angenommen. Als abschließendes Beispiel kann in dieser Frage der großherzoglich-hessische Lederbaron v. Dell zu Herrnsheim in Worms angeführt werden. Als privilegierter Lederfabrikant kauft er Millionen auf Millionen und laßt Vancru aus, um seine Besitzungen „abzurunden“. Gar freundlich grüßt dem friedlichen Touristen, der den bayerischen Bergen zutreibt, auf einer Heißigen Weltung im Allgäu ein Eberkopf entgegen, der am Herrschaftshause des Lederbarons angebracht ist und unter dem ein Messingstübchen verkündet, daß Herr v. Dell die große Güte gehabt hat, dann und dann diese Kreatur zu töten. Es sind Gemütsmenschen, diese vorliebenden Fideikommissgranden! Die Beratung wird praktische Arbeit nicht haben, denn gerade in diesen Fragen ist der preußische Landtag wirklich das Überhaus des Reichstags. — Nachdem noch der christlich-sonntägliche Abg. v. Cerkow aus dem Reichstage entfernt worden war, weil sein Mandat nicht einwandfrei zustande gekommen ist, wandte sich das hohe Haus Rechnungssachen und ähnlichem Kleinkram zu, um dann am Sonnabend den Vertretern freundliche Worte zu sagen. Leider werden die armen Teufel davon nicht satt und so wird man ihre berechtigten Klagen noch öfter zu hören bekommen. — Inzwischen ging es hinter den Kulissen — nämlich in der Budgetkommission — weniger ruhig zu. Wiederholt plöhen hier die Meinungen heftig aufeinander. Auf der einen Seite die Regierung und die bürgerlichen Parteien, auf der anderen Seite die Sozialdemokraten, die wenig Gefallen finden an der Art und Weise, wie bei uns zu Lande auswärtige Politik betrieben wird. Eine Folge dieser Politik ist ja die neue Heeresvorlage, die weitere 4000 Offiziere, 17 000 Unteroffiziere und 117 000 Gemeine sowie 27 000 Pferde fordert. Darüber wird in der laufenden Woche beraten.

Wie groß ist der jährliche Alkoholkonsum in Deutschland? Gelegentlich des Kongresses für alkoholfreie Jugendzuchtung machte Dr. Hartwig in seinem Vortrage folgende Angaben: „Nach den neuesten Veröffentlichungen wurden rund 2100 Millionen Mark für Bier und 197 Millionen Mark für Trinkenwein verausgabt. Schätzt man die Ausgabe für Wein auf 378,3 Millionen Mark, so wären in Deutschland in einem Jahre rund 2675 Millionen Mark oder 40,74 Mark auf den Kopf der Bevölkerung verbrannt.“ Diese Ziffern lassen erkennen, welche Umschwenne den Bauern und Schnapsbrennern zugeführt werden. Es ist eine dankenswerte Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung, diesem Hebel energisch zu Leibe zu gehen, nicht nur wegen der Verwendung des Geldes zu notwendigeren Dingen, sondern auch zur Hebung der Gesundheit und zur Förderung des klaren Denkens.

Entspricht die Wiederwahl von Gewerkschaftsbeamten den Prinzipien der Arbeiterbewegung? Innerhalb der Arbeiterbewegung Deutschlands hat sich die ganz selbstverständliche Gepflogenheit herausgebildet, daß man die Funktionäre — besoldete und unbesoldete — nach Ablauf ihrer Amtsperiode wiedewählt, insofern sie das Vertrauen ihrer Wähler noch verdienen und die Fähigkeit zur weiteren Verwaltung ihres Amtes besitzen. Wir haben deshalb in der Gewerkschaftsbewegung, in den Vertretungsstellen der sozialdemokratischen Partei als auch in den Konsumgenossenschaften die Funktionäre durch viele Jahre auf ihren vernunftvollen Vorkopf, wo sie, auf weiche Erfahrung gestützt, der gerechten Sache und dem Wohle der Arbeiterschaft dienen. Genau so verhält es sich mit der Wiederwahl von Funktionären in den anderen Ländern; eine Ausnahme macht lediglich der französische Gewerkschaftsfundamentalismus. Seit Jahren wird in manchen Gewerkschaften Frankreichs die auch schon

auf Gewerkschaftskongressen behandelte Frage, ob Gewerkschaftsbeamte nach Ablauf ihrer Amtsperiode wiedergewählt werden dürfen, beachtet. Gleich ist diese generelle Forderung auch schon in die Praxis umgesetzt worden, und zwar mit solchem Erfolge, daß jetzt sogar der frühere Sekretär der Landeszentrale, Griffluch, einer der zeitigen Leiter der fundamentalistischen Bewegung, in einem Zeitartikel der „Kontinente“ dagegen Stellung nimmt, indem er ausführt, daß bei der Wahl nicht die Sucht, einen neuen Mann bezw. einen Lehrling einzusetzen, maßgebend sein dürfe, sondern ausschließlich die Befähigung. Welchen Erfolg Griffluches mit seinen jedenfalls sehr berechtigten Ermahnungen erzielt, bleibt ja abzuwarten. Eine intensive praktische Vertätigung der französischen Gewerkschaften zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würde bald ergeben, daß die Beamtenwiederwahl keine Frage des Prinzips, sondern lediglich eine solche nächsterer Zweckmäßigkeit ist.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Neuregelung der Reiseunterstützung. Am 1. Mai d. J. erscheint die neue Streckenberechnung für die Auszahlung der Reiseunterstützung. Die Zahl der Orte, welche diese Unterstützung von nun an auszahlen, ist bedeutend vermehrt. Gefestigt als Auszahlungsorte sind Ansbach, Hof, Bromberg und Gresfeld. Neu hinzugekommen sind die Orte:

- Nachen, Bonn, Göttingen, Erfurt, Grünberg, Vagen, Pannu, Hildesheim, Königshütte, Liegnitz, Stralsund, Striegau und Barel.

Vorstehende Ortsverwaltungen werden ersucht, umgehend einen Auszahler dieser Unterstützung zu bestimmen und bis spätestens den 26. April dessen genaue Adresse sowie Zeit und Stunde der Auszahlung mitzuteilen. Das neue Material für Auszahlung dieser Unterstützung geht den Ortsverwaltungen rechtzeitig zu.

Bei dieser Gelegenheit betonen wir, daß genau auf die Bestimmungen des Reglements zu achten ist, wonach niemals mehr wie 1 Mark pro Tag gezahlt werden darf. Die Aufenthaltsdauer dürfen nur nach beendigtem Aufenthalt und nicht mit dem Reisegehalt zusammen angerechnet werden.

Insbesondere ist bei den Ausländern darauf zu achten, daß dieselben auch einer dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Organisation angehören.

Der Vorstand.

Einsendungen der Verwaltungskosten in den Monaten Februar und März 1913.

Ort	Mr.	Ort	Mr.
Dielefeld	400,—	Königsberg	150,—
Göttingen	20,19	Königshütte	26,90
Dresden	1500,—	Mannheim	180,—
Elberfeld	300,—	München	1051,82
Essen	150,—	Offenbach	3000,—
Gera	100,—	Stuttgari	500,—
Hamburg	300,—	Barel	80,—
Kaiserslautern	150,—	Wismar	7,50
Köln	350,—		

Alfred Niedel.

Adressenänderungen.

- Künsterwalde, H. N. Albrecht, Pottm. 2, Erlangen. K. F. Weiß, Engelm. 7, München. B. Wilhelm Gänger, Edingerplatz 2, Hofstadt. K. Leopold Augustura, Tobleranstr. 56 I, Leipzig. D. Emil Seidenreich, L. Blagowit, Nonnenstr. 36 I I.

Sterbetafel.

- Berlin. Am 28. März verstarb der Kollege Karl Dinter, 52 Jahre alt. — Am 31. März verstarb unter Mitglied, die Steppern Frida Nyber, 19 Jahre alt. — Am 31. März verstarb unter Mitglied, der Galanteriefabrik Wilhelm Horn, 23 Jahre alt.
- Breslau. Am 29. März verstarb an Bluterkrankung der Kollege Eduard Haut im 45. Lebensjahre.
- Leipzig. Im Alter von 44 Jahren verstarb unter Mitglied der Sattler Karl Bötzger. Ehre ihrem Andenken!

Verfammlungskalender.

- (Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos diejenigen Verfammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)
- Bausen. Sonnabend, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Bittan“.
 - Berlin. Generalversammlung. Mittwoch, den 16. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminiusgassen“, Kommandantenstr. 78/79.
 - Bonn. Samstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“.
 - Bremen. Sonnabend, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
 - Chemnitz. Sonnabend, den 19. April, abends 9 Uhr, „Stadt Meissen“.
 - Erfurt. Dienstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Leidel, Johannesstraße.
 - Erlangen. Donnerstag, den 17. April, abends 8 Uhr, „Goldener Hahn“.
 - Wiesbaden. Samstag, den 19. April, abends 9 Uhr.
 - Göppingen i. W. Samstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Markauer“.
 - Hamburg. Donnerstag, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
 - Karlsruhe. Samstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, „Vofalbahn“.
 - Kiel. Dienstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
 - Konstanz. Samstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, „Eiserner Hahn“.
 - Marxhausen. Dienstag, den 16. April, abends 7 Uhr, „Posthäufe“.
 - München. Samstag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, „Kampgarten“.
 - Nürnberg. Montag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus.
 - Ober-Kentisch. Freitag, den 18. April, abends 8 Uhr, Vertholds Restaurant.
 - Reit. Sonnabend, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Stämpfe, Schützenstraße.
 - Swidau. Sonnabend, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr.

Anzeigen

Die Kollegen der Verwaltungsstellen Chemnitz, Swidau, Werban, Niederschlema, Altensburg und Meerane werden zu der am **Sonntag, den 20. April, nachm. 2 Uhr,** anberaumten **Versammlung mit Vortrag** im **Schützenhaus zu Glauchau** eingeladen. Nach der Versammlung findet ein Ausflug und nach demselben ein Vergnügen im Schützenhaus statt. Die Kollegen mit ihren Frauen werden ersucht, diese Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

Tüchtige Sattelmacher auf Teilarbeit. Stellung dauernd. **G. Vassler & Sohn, Hoflieferanten, Hannover, Langelube 4.**

Tüchtige selbständige Sattelmacher werden verlangt. **Julius Voigt, Sattlerwarenfabrik, Potsdam, Marxstr. 7.**

Arbeiter-Mutterwohnungen für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl; Teilzahlung gern gestattet, Kassenpreis, Zinsvergütung. Kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch des Käufers. Kein Abzahlungsgehalt. **Gabbert, Tischlermeister, Berlin, Ackerstraße 54.**

Georg Weihnachts Bierhaus, Grötkr. 21, K. Weid-, Bayrisch-, Kaimbacher Bier **Zustellung der Zentral-Erwerbskasse der Sattler und der Uhrmacher des Verbandes der Sattler. Zustellung der „Protes Verwaltungen“**